

Rettungsschirm für Kommunen

Notlage der Kommunen

Die Haushaltslage der Städte und Kommunen in Deutschland ist katastrophal. Die krisenbedingt steigenden Sozialausgaben und die wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Anstatt eine finanzielle Perspektive zu schaffen, treibt Schwarz-Gelb die Kommunen durch Steuerprivilegien und Klientelgeschenke für einzelne Gruppen in den Ruin.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) aus Frankfurt am Main, fasst die Lage folgendermaßen zusammen: „Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise werden 2010 in den Kommunen immer stärker spürbar. Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden. Dort ist die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung in Gefahr.“ Roth weiter: „Rekorddefizite in zweistelliger Milliardenhöhe, eine explodierende Verschuldung durch kurzfristige Kredite, der stärkste Steuerrückgang seit Jahrzehnten und ungebremst steigende Sozialausgaben kennzeichnen die Situation.“ (Deutscher Städtetag Mitteilungen 1/10)

Zur finanziellen Lage der Kommunen äußerte sich auch der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Christian Schramm (CDU). Er sprach Anfang des Jahres auf einer Pressekonferenz von „katastrophalen“ Zuständen in den Kassen der Kommunen. Er prognostiziert für die kommenden vier Jahre ein Minus von jährlich mehr als zwölf Milliarden Euro.

Die Fakten

- Im vergangenen Jahr betrug das Defizit der Kommunen 4,5 Milliarden Euro. In diesem Jahr befürchten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet.
- Die kurzfristigen Kassenkredite der Kommunen betragen inzwischen 33,8 Milliarden Euro. Sie sind damit allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 um mehr als 4 Milliarden Euro gestiegen.
- Bund, Länder und Kommunen hatten 2009 erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen – um gut 10 Prozent – mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro.
- Bei den kommunalen Steuereinnahmen ist auch für das Jahr 2010 keine Besserung in Sicht, die Steuereinnahmen sinken nochmals um 5 Prozent bzw. weitere 3,2 Milliarden Euro.
- Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. Im Jahr 2010 wird die Grenze von 40 Milliarden Euro deutlich überschritten. Die Steigerungsraten betragen voraussichtlich 3,3 Prozent in 2009 und 4,6 Prozent in 2010. Die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose werden deutlich ansteigen. Für das Jahr 2010 rechnet der Bund mit einem bundesweiten Ausgabenanstieg dieser Kosten von 6,7 Prozent.
- Beispiel Nordrhein-Westfalen: Insgesamt lag der Finanzierungssaldo aller Gebietskörperschaften in den ersten drei Quartalen 2009 bei minus 1,84 Milliarden Euro. Köln hatte einen

Fehlbetrag von 351 Millionen, Wuppertal von 149 Millionen und Duisburg von 105 Millionen Euro zu verkraften.

Die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb verschärft die Lage

Über die krisenbedingten Belastungen hinaus wird die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen durch die jüngste Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung dramatisch verschärft.

Mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstehen dem Gesamtstaat Ausfälle von rund 8,5 Milliarden Euro. Die tatsächliche Wirkung auf das Wirtschaftswachstum wird von Experten nahezu einhellig bestritten. Beschlossen wurden u. a. Steuerprivilegien für Hoteliers, Erben und gewinnverlagernde Unternehmen - und das vor dem Hintergrund einer noch nie dagewesenen Rekordneuverschuldung von über 80 Milliarden Euro für das Jahr 2010.

Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt bei den Kommunen zu Steuerausfällen von 1,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere gesetzliche Regelungen, die Steuervorteile für Auslagerungen bestimmter Unternehmensfunktionen ins Ausland wieder einführt und die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer aushöhlt. Den öffentlichen Haushalten drohen dadurch zusätzliche Ausfälle von jährlich 1,8 Milliarden Euro. Die Kommunen schlagen zu Recht Alarm. Petra Roth machte deutlich, dass die Kommunen auf weitere 700 Millionen Euro durch das neue Gesetz verzichten müssen. „Es ist weder fair noch vertretbar, die wichtigste Steuer der Städte jetzt binnen weniger Monate schon zum zweiten Mal zu schwächen“, kritisierte sie (FR 18.02.2010).

Die von der schwarz-gelben Koalition angekündigte Einkommensteuerreform (Stufentarif) im Umfang von 20 Milliarden Euro würde für die Kommunen nochmals Einnahmeverluste in Höhe von mehreren Milliarden Euro bedeuten. Berechnungen beziffern den Verlust auf 4 Milliarden Euro.

Leistungen für die Bürger brechen weg

Die katastrophale finanzielle Lage der Kommunen bekommen Bürgerinnen und Bürger hautnah zu spüren. Beispiele aus Nordrhein-Westfalen:

- **Wuppertal:** Die Stadt muss das Schauspielhaus, drei Freibäder, zwei Hallenbäder, zwei Stadtteilbibliotheken und vier Bürgerbüros schließen. Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich werden um 1,1 Millionen Euro gekürzt.
- **Essen:** Die Stadt muss Grundschulen schließen und ist mit insgesamt 3 Milliarden Euro Schulden konfrontiert.
- **Duisburg:** Die Stadt erhöht die Eintrittspreise für Schwimmbäder, Konzerte und Theater. Die Elternbeiträge für Kita- und Hortbetreuung sollen erhöht werden. Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen werden gekürzt oder fallen ganz weg. Die Rhein-Ruhr-Halle soll geschlossen werden.
- **Remscheid:** Die Stadt wird die Straßenbeleuchtung zum Teil ausschalten.
- **Solingen:** Die Stadt schaltet die Straßenbeleuchtung in den Außenbezirken ab. Erhöht werden die Müllgebühren, für eine Durchschnittsfamilie um 70 Euro.
- **Oberhausen:** Die Stadt spart beim Öffentlichen Nahverkehr und schließt vier 4 Bäder.
- **Leverkusen:** Die Stadt hebt die Gebühren für die Musikschule um durchschnittlich 6,4 Prozent.

- **Bergkamen:** Die Stadt diskutiert einen Stellenabbau in der Verwaltung, kürzere Öffnungszeiten und die Senkung der Wassertemperatur in den Hallenbädern. Ansteigen werden Grundsteuer, Kindergartenbeiträge und Bibliotheksgebühren.

Weniger Netto vom Brutto

Das zentrale Versprechen von Union und FDP im Wahlkampf hieß: „Mehr Netto vom Brutto“. Fakt ist: Viele Bürger müssen sich wegen leerer Kassen der Kommunen in den kommenden Jahren auf höhere Gebühren und weniger Leistungen einstellen.

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, fasst zusammen: „Ich denke, die Regierung sollte sich einmal etwas drauf konzentrieren, was vor Ort geschieht. Die Bürger freuen sich sicherlich über Steuerentlastungen, aber diese Steuerentlastungen bringen nichts, wenn auf der anderen Seite die Infrastruktur schlechter wird, die Kommunen gezwungen sind, Leistungen einzuschränken, Gebühren zu erhöhen und Investitionen zurückzufahren.“

Schwarz-Gelb riskiert den Ausbau der Kinderbetreuung

Auch der Ausbau der Kinderbetreuung ist massiv bedroht. So ist in der derzeitigen Finanzlage schon der aktuelle Bestand nicht mehr gesichert. Der geplante Ausbau auf 750.000 Plätze steht auf dem Spiel. Ab 2013 haben Eltern von ein- und zweijährigen Kindern einen Rechtsanspruch auf den Betreuungsplatz. Auf Grund der desaströsen Finanzlage der Kommunen sieht der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine Klagewelle auf die Kommunen zukommen.

Es fehlt jedes Konzept der Bundesregierung, wie der Ausbau abzusichern ist. Im Gegenteil, mit dem geplanten „Betreuungsgeld“ für Familien, die ihre Kinder zu Hause lassen, werden nicht nur die bildungs- und integrationspolitischen Ziele des Ausbaus von Betreuungsplätzen konterkariert. Auch die dafür eingeplanten Mittel von schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro fehlen für die Kitas.

Wir fordern einen Rettungsschirm für die Kommunen – 4 Milliarden Euro gegen die Notlage

Vor dem Hintergrund der ruinösen Finanzlage der Kommunen fordern wir einen Rettungsschirm für Kommunen. Bund und Länder müssen für die Kommunen ein kurzfristig wirksames Maßnahmenpaket auflegen.

Der Rettungsschirm muss kurzfristig folgende Maßnahmen umfassen:

- Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Kommunen eine vollständige Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten.
- Zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen muss der Bund zusätzlich befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft um drei Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rund 400 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen.
- Alle von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten Vorhaben für Steuersenkungen, die zu weiteren Belastungen der Kommunen führen würden, sind zu stoppen. Die noch angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung würden zu Einnahmeausfällen für die Kommunen in Höhe von rund 4 Milliarden Euro jährlich führen.

Über diesen Rettungsschirm für die Kommunen hinaus sind mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen zur Konsolidierung der kommunalen Finanzsituation erforderlich:

- bei bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen ist eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung sicherzustellen;
- die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist wieder zu stabilisieren - dies soll auf der Grundlage des sogenannten Kommunalmodells durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage erfolgen. Dazu gehört die Zurücknahme der Kürzungen bei der Hinzurechnung von Mieten, Pachten, Leasing und Factoring sowie die Einbeziehung der Freien Berufe in die Steuerpflicht;
- wir brauchen qualifizierte und rechtlich abgesicherte Anhörungsrechte für die kommunalen Spitzenverbände im Deutschen Bundestag bei allen Gesetzgebungsverfahren, die kommunale Belange berühren.

Alle diese Vorschläge werden wir in einer parlamentarischen Initiative bündeln und in den Deutschen Bundestag einbringen.

Und es muss klar sein: Die Länder müssen ihre Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen erfüllen. Während einige Länder gezielte Hilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage gewähren und die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs verstetigen, verweigern insbesondere schwarz-gelb regierte Länder den Kommunen die dringend erforderliche Hilfe. Dies gilt ganz besonders für Nordrhein-Westfalen.

Abschaffung der Gewerbesteuer – Angela Merkel vor dem Wortbruch

Noch im Mai letzten Jahres stellte sich Kanzlerin Merkel vor die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags und leugnete Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer: „Das tun wir nicht. Wir werden keinem Druck nachgeben.“

Im Koalitionsvertrag von Union und FDP hingegen heißt es:

„Wir werden eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einsetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.“ (Koalitionsvertrag, S.14)

Am 4. März 2010 hat die Bundesregierung diese Kommission eingerichtet.

Bereits 2003 waren diese Vorschläge Gegenstand der Beratungen einer ähnlichen Kommission unter dem damaligen Finanzminister Hans Eichel. Das Ergebnis war eindeutig: Das Modell hätte dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger, die Arbeitnehmer aber deutlich mehr zur kommunalen Steuerbasis hätten beitragen müssen. Gerd Landsberg sagt daher: „Es ist bisher kein Modell in Sicht, das qualitativ und vom Volumen her geeignet sein könnte, die Gewerbesteuer zu ersetzen“. (Handelsblatt, 04.03.2010)

Höhere Steuern für die Bürgerinnen und Bürger?

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat am 2. März 2010 ihre Eckpunkte für die Arbeit in der Gemeindefinanzkommission vorgelegt. Die Forderungen finden unsere volle Unterstützung. Zukünftig muss es darum gehen, die Einnahme- und Ausgabeseite kommunaler Haushalte zu beachten, wenn es um die Beurteilung kommunaler Aufgabenbereiche geht. Die in Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz verankerte und im Lissabon-Vertrag bekräftigte kommunale Selbstverwaltung darf nicht gefährdet werden. Dazu gehört auch, Vorschläge zu einer umfassenden Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände im Rechtsetzungsverfahren bei Angelegenheiten der Europäischen Union gemäß der Gemeinsamen Geschäftsordnungen der Bundesministerien (GGO) auszuarbeiten. Auf einen entsprechenden Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion im Sommer 2006 antwortete der jetzige Vorsitzende der Gemeindefinanzkommission und damalige Bundesinnenminister, Wolfgang Schäuble: „Einen Bedarf zur Ausweitung der Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände im Rechtsetzungsverfahren kann ich nicht erkennen (...). Belastungen der Kommunen erfolgen (...) künftig nicht mehr durch Bundes-, sondern durch Landesgesetze“. Dies läuft auf die Abwälzung von Verantwortung hinaus.

Betrachtet man sich den Arbeitsauftrag der jetzigen Kommission genauer, kommt man schnell zu einem Ergebnis:

- Ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer soll geprüft werden. Da alle Bemühungen laut Auftrag „aufkommensneutral“ sein müssen, liefe diese Variante auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hinaus.
- Ein weiterer Untersuchungsgegenstand der Kommission ist die Einkommen- und Lohnsteuer. Das bedeutet nichts anderes als eine drastische Mehrbelastung aller Berufstätigen. Das Wahlversprechen „Mehr Netto vom Brutto“ wäre dann offen gebrochen.
- Als dritte Alternative wird die Körperschaftsteuer genannt. Auch sie sank in 2009 um über 70 Prozent. Gerd Landsberg: „Hätten wir als Alternative zur Gewerbesteuer den von einigen Wirtschaftsverbänden gewünschten Zuschlag auf die Körperschaftsteuer akzeptiert, stünden wir jetzt noch schlechter da.“ (DHZ, 11.4.2009)

Der Deutsche Städtetag fasst die Situation wie folgt zusammen: „Da ein Ersatz der Gewerbesteuer durch andere Modelle wie Zuschläge auf die Einkommensteuer diskutiert werden soll, müssten die Städte bereits jetzt auf folgenden Zusammenhang aufmerksam machen: Wenn das Steueraufkommen den Städten erhalten bleibt – und das will die Koalition – dann bedeuten solche Ersatzlösungen höhere Steuern für die Verbraucher, für die Bürgerinnen und Bürger.“ (PM Deutscher Städtetag, 24.02.2010)

Die SPD steht an der Seite der Kommunen – eine Bilanz

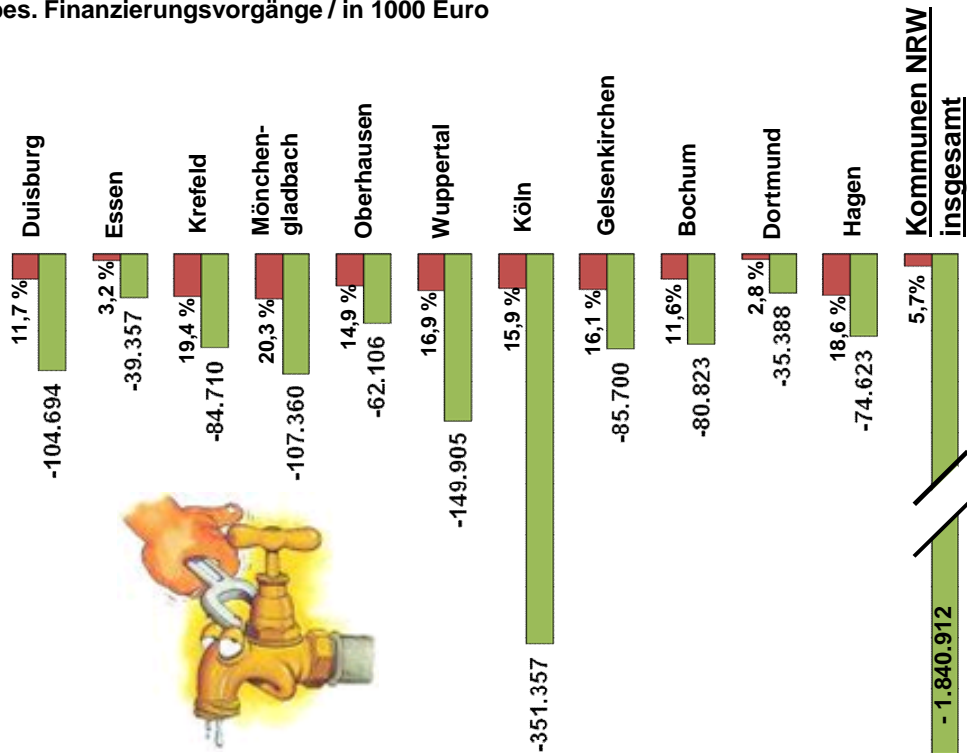
- Das maßgeblich von der SPD entworfene **Konjunkturpaket II** stärkt gezielt die kommunale Investitionskraft. Insgesamt stehen den Kommunen 13,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Allein 6,5 Milliarden fließen in den Bildungsbereich: Die Kommunen können damit Kindergärten, Schulen oder Hochschulen sanieren und ausbauen. Mit weiteren 3,5 Milliarden Euro für Infrastrukturvorhaben können Städte und Kreise Krankenhäuser modernisieren, Straßen sanieren und neue Städtebauprojekte vorantreiben. So wird sowohl die Wirtschaft angekurbelt als auch eine moderne kommunale Infrastruktur geschaffen.
- Wir haben im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 die Gewerbesteuer stabilisiert. Das war keinesfalls selbstverständlich, denn schließlich war es das Ziel von CDU/CSU und FDP, die Gewerbesteuer abzuschaffen.
- Die SPD hat mit dem Kinderförderungsgesetz durchgesetzt, dass sich der Bund nicht nur an Investitionen in neue Kitas beteiligt, sondern auch dauerhaft an den Betriebskosten. Damit ist Ländern und Kommunen geholfen. Dies hatten die Union und ihre damalige Familienministerin zunächst vehement abgelehnt. Die SPD hat den Weg dafür freigemacht: Für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote stellt der Bund bis 2013 insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. 2,15 Milliarden können 2008 bis 2013 für Investitionen verwendet werden. Von 2009 bis 2013 beteiligt sich der Bund mit insgesamt 1,85 Milliarden Euro, aufwachsend über einen Festbetrag bei der Umsatzsteuerbeteiligung zugunsten der Länder, an den zusätzlich entstehenden Betriebsausgaben.

- Bereits unter Rot-Grün hat die SPD das Ganztagschulprogramm auf den Weg gebracht. Der Bund hat insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um das Ganztagsschulangebot in Deutschland deutlich auszubauen. Die SPD hat in der letzten Legislaturperiode die Abrufbarkeit der Mittel bis Ende 2009 verlängert. Trotz der anfänglichen Gegenwehr unionsregierter Länder ist das Ganztagschulprogramm ein voller Erfolg und half den Kommunen. Mittlerweile sind Maßnahmen an über 6.900 Schulen durchgeführt worden.
- Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat die SPD-geführte Bundesregierung 2003 etwa 900.000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in die Verantwortung des Bundes geholt. In den Kommunen ging die Zahl der Sozialhilfeempfänger um bis zu 90 Prozent zurück. Das ist ein enormer arbeitsmarktpolitischer Erfolg wie auch eine große Entlastung für die Kommunen bei den Sozialhilfeausgaben.
- Die SPD hat 1999 das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ auf den Weg gebracht. 2006 hat die Große Koalition das Programm weiterentwickelt. Seitdem werden auch ressortübergreifende Modellvorhaben, z. B. aus den Bereichen Jugend- und Beschäftigungspolitik, gefördert. Bis 2008 konnten mit insgesamt über 2,2 Milliarden Euro rund 520 Quartiere in fast 330 Städten und Gemeinden gefördert werden. Union und FDP haben die Mittel für das laufende Jahr gekürzt.

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Finanzierungssaldo ausgewählter Städte in NRW

1.-3. Quartal 2009, in Prozent der Ausgaben ohne
bes. Finanzierungsvorgänge / in 1000 Euro



Quelle: IT.NRW, ISF, viertelj. Kassenstatistik

Seit 2005 greift Nordrhein-Westfalen in die Taschen der Kommunen, drei Milliarden Euro fehlen somit zur Finanzierung dringender Investitionen und zur Aufrechterhaltung der vielfältigen Leistungen. Die dramatische Haushaltssituation zwingt viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Nordrhein-Westfalen zu drastischen Einschnitten bei ihren Leistungen und zur Erhöhung von Gebühren und Steuern. Kultureinrichtungen, Schwimmbäder und Sportanlagen müssen geschlossen werden, Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze werden an die Grenze des Zumutbaren erhöht, Eltern müssen erheblich mehr für den Kindergarten bezahlen, dringend notwendige Reparaturen der Straßen unterbleiben. Am Ende des 3. Quartals 2009 befanden sich zwei von drei Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen im Minus. Die vielen hochverschuldeten Kommunen brauchen sofort Finanzhilfen vom Bund und den Ländern. Die SPD fordert als Sofortprogramm einen Rettungsschirm für Kommunen.

© Planungsgruppe